Nr. 466
A 236
Morgen-Ausgabe

Berlin

Freitag, 2. Oktober 1925
V

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrössertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vier eint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder" Sonstige Beilagen: „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — Literarische Umschau"

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin-Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 5600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Locarno empfangsbereit

Autopark und Telephon

Konferenzdienst der „Vossischen Zeitung"

J. B. **Locarno**, 1. Oktober

Das kleine Städtchen an der Nordspitze des Lago Maggiore befindet sich bereits in fieberhafter Aufregung und erwartet seine Gäste, von denen einstweilen nur wenige Vorposten hier angekommen sind. Am Bahnhof, am Postamt und vor allem im Telephonbüro wird sogar am Abend noch fieberhaft gearbeitet. Die Steinstufen der Aemter werden neu behauen, damit die hohe Gäste die glatten Treppen nicht herunterfallen. Ein Gewirr von Drähten hängt überall herum. Der freundliche Mann am Schalter des Telephonamtes, der seinen Dienst mit einem neugierig dreinschauenden jungen Mädchen als einziger Hilfskraft versieht, wird bald von einem ganzen Heer von Beamten und Telephonistinnen überrannt werden, die sich hier — wer weiß, wie lange — als Herren aufspielen und die idyllische Ruhe dieses kleinen Raumes gründlich stören werden. Auf den Straßen wird noch rasch das Pflaster — die Katzenköpfe unserer lieben Kleinstädte — in Ordnung gebracht, und die Pferde haben noch viel Mühe, sich an die raschen Autos zu gewöhnen, deren Zahl sich in den nächsten Tagen um ein Vielfaches vermehren wird.

Die deutsche Delegation, die draußen im Minusio, recht hübsch, hoch über dem See, im Hotel „Esplanade" einquartiert wird, hat sich einstweilen sechs Autos bestellt, und sie wird sie am meisten nötig haben, denn sie haust am weitesten draußen, und die Herren Minister, Staatssekretäre und Geheimräte werden die enge Landstraße zwischen Locarno und Minusio gründlich zu studieren Gelegenheit haben. Wozu indessen die anderen Delegationen, die im Grandhotel „Palace" untergebracht sind, 40 Automobile brauchen, ist wenig verständlich, da sie in Locarno selbst und nicht sehr weit vom Gebäude des alten Justizpalastes wohnen, wo die Verhandlungen der Konferenz stattfinden sollen. Aber vielleicht finden auch hier, ähnlich wie in Genf, Privatbesprechungen außerhalb der Stadt statt, und vielleicht sogar jenseits der italienischen Grenze. Auch die ist freilich nur ein paar Kilometer entfernt, aber die Straßen sind staubig und die Hitze ist am Tage hier noch beträchtlich...

Sonnabend wird der große Tag des Einzugs der staatsmännischen Gäste in Locarno sein. Chamberlain, Sir Cecil Hurst, Scialoja, Grandi und auch Reichskanzler Luther und Außenminister Stresemann sowie der größte Teil der französischen Delegation werden am Sonnabend hier ankommen, während Briand und der Direktor der politischen Abteilung des Quai d'Orsay, Berthelot, erst am Sonntag im Auto von Paris hier eintreffen sollen.

Polen und Tschechen

Auch eine polnische Delegation mit dem Außenminister Graf Skrzynski an der Spitze wird Mitte nächster Woche hier erwartet und der tschechische Außenminister Benesch trifft mit einigen Herren des Prager Außenministeriums bereits am Dienstag hier ein, wo er im „Carmichetel" Zimmer belegt hat.

Die Hotels, die trotz der Vorbestellungen für die Delegationen und für eine große Zahl Journalisten nicht so überfüllt scheinen wie man geglaubt hatte, sind auf soviel anspruchsvolle Gäste allerdings nicht recht eingerichtet. In Kurorten stellen die Gäste gemeinhin bescheidenere Ansprüche, und besonders die heimische Wasserverschwendung werden sich viele der Zwangs-Kurgäste für die Zeit ihres Aufenthaltes im Locarno wohl abgewöhnen müssen.

Sowjetfühlung mit Italien?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

mp **Rom**, 1. Oktober

Der russische Botschafter in Rom ist gestern abend an die italienische Nordgrenze abgereist, angeblich zur Erholung. Man nimmt an, daß er sich bereit hält, mit Tschitscherin, der in Italien erwartet wird, Rücksprache zu nehmen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß bei den bekannt guten Beziehungen, die zwischen Rußland und Italien bestehen, die Bemühungen Rußlands nach der Fühlungnahme in Warschau und Berlin in Rom [illegible] Italiens, dessen Politik gerade jetzt darauf abzielt, auch in der [illegible] ungebunden zu bleiben, müßte für Rußland jetzt als günstiger Boden gelten.

Uebrigens ist nun auch der russische Flottenbesuch in Neapel abgeschlossen, dessen offizieller Teil von einer geradezu demonstrativen Wärme war. Es verlautet, daß die russischen Schiffe in beschleunigtem Tempo und ohne Unterbrechung heute früh in der Richtung nach Sebastopol abgefahren sind.

Russische Beschwichtigungsversuche

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ba **Moskau**, 1. Oktober

Die „Iswestia" bestreitet ganz entschieden, daß die polnisch-russischen Verhandlungen gegen den Garantiepakt gerichtet seien. Die Sowjetregierung sehe zwar im Sicherheitspakt kein Mittel der Sicherung des europäischen Friedens. Aber Deutschland müsse die Anbahnung guter Beziehungen zwischen Rußland und Polen begrüßen, denn dadurch werde die Gefahr, Deutschland zum Kriegsschauplatz zu machen, vermindert. Ohne Polens Beteiligung könne kein Krieg gegen die Sowjetunion geführt werden. Die Verhandlungen Tschitscherins in Warschau lägen also in derselben Richtung der Friedensbemühungen, für die Deutschland im neuerlichen Verzicht auf Elsaß-Lothringen so schwere Opfer bringe. Der beste Weg, den Krieg zu vermeiden, seien die guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten. England werde keinen Krieg führen, wenn die Kontinentalmächte keine Soldaten stellten.

Die deutsch-russischen Beratungen

Kabinettssitzung über den Handelsvertrag

Das Reichskabinett trat gestern um 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen, um zu prüfen, ob der deutsch-russische Handelsvertrag sofort unterzeichnet werden kann. Die Sitzung dauerte bis gegen 8 Uhr. Amtlich sind Beschlüsse nicht bekannt geworden, jedoch verlautet, daß die Aussichten für eine deutsch-russische Einigung in der Handelsvertragsfrage nicht ungünstig sind.

Die für gestern nachmittag vorgesehene Unterredung zwischen Stresemann und Tschitscherin wurde auf den späten Abend vertagt und dauerte bis in die Nachtstunden. Die Verschiebung war durch die Teilnahme Stresemanns an dem Kabinettsrat über den deutsch-russischen Handelsvertrag bedingt.

Vandervelde's Erwartung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

akl **Brüssel**, 1. Oktober

In einer Zusammenkunft der, Brüsseler Gruppe der belgischen Arbeiterpartei sagte der Außenminister Vandervelde zur Außenpolitik:

In einigen Tagen werden wir großen Ereignissen beiwohnen. Man erwartet mit Hoffnung, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten und am Werk der Weltbefriedung teilnehmen wird. Der Sicherheitspakt wird „kein Fetzen Papier" bleiben. Er wird garantiert sein und die Garantie wird durch England erfolgen. Dann können wir an eine ernsthafte Verminderung der militärischen Ausgaben denken bei uns und anderwärts

Staatssekretär Meister versetzt

Aus parlamentarischen Kreisen wird der „Vossischen Zeitung" mitgeteilt, daß der Staatssekretär im preußischen Ministerium des Innern Meister demnächst aus dem Ministerium ausscheiden und einen hohen Verwaltungsposten in der Provinz übernehmen wird. Staatssekretär Meister ist politisch rechts eingestellt und bei aller Loyalität, die ihn auszeichnet, kam es zwischen ihm und seinem obersten Chef, dem Minister Severing, doch immer wieder zu sachlichen Meinungsverschiedenheiten.

„Umschau in Technik u. Wirtschaft"

enthält heute folgende Beiträge:

Sektionschef im österreichischen Landwirtschaftsministerium Dr. Haager: Die neue Landwirtschaft

Dr. Ing. G. Sinner: Der Techniker in der Bücherei

Löbe spricht zu Amerika

Das Weltparlament in Washington

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung"

✱ **Washington**, 1. Oktober

Die 23. Tagung der Interparlamentarischen Union wurde heute im Abgeordnetenhaus in Washington eröffnet. Der Saal war mit den Farben aller Delegationen geschmückt, auch die schwarz-rot-goldene Flagge des Deutschen Reiches war vertreten.

Staatssekretär Kellogg führte in seiner Begrüßungsansprache namens der Washingtoner Regierung u. a. aus, die Tagung lenke die Aufmerksamkeit der ganzen Welt dem Studium der Selbstregierung zu. Der Zug zur Demokratie sei seit dem achtzehnten Jahrhundert nie stärker gewesen als nach dem Weltkriege. Die interparlamentarische Union wolle dem Frieden dienen und habe mit ihren Zusammenkünften den besten Weg dazu gewählt. Die hauptsächlichsten Kriegsursachen seien nationaler Ehrgeiz, Eifersüchteleien, Rassenhaß. Nur durch bessere gegenseitige Bekanntschaft und Kennenlernen des Anderen könnte das Mißtrauen beseitigt werden. Der Jahrhunderte alte Traum vom Weltfrieden könne nicht zur Wirklichkeit werden, wenn nicht die Herzen der Völker daran beteiligt sind. **Die Völker müßten erkennen, daß es bessere Mittel zur Austragung von Streitigkeiten gibt, als den Krieg.** Der Geist gegenseitiger Duldung und der Bereitschaft zur Unterwerfung unter Schiedssprüche müsse wachgerufen werden, womit die Achtung vor den Rechten der Minderheiten verbunden sein müsse. Es zeige sich jetzt der einiger Zeit eine gefährliche Tendenz, die demokratische Idee zu überspannen bzw. sie durch eine Klassenherrschaft zu ersetzen. Es genüge nicht, einer Regierungsform den demokratischen Stempel aufzudrücken, sondern sie dürfe nicht zur Mehrheitstyrannei ausarten. Kellogg forderte zum Schluß, daß Staatsverträge durch die Parlamente ratifiziert werden müssen. Je mehr ein Volk von den eigenen Angelegenheiten unterrichtet sei, um so mehr Kriegsgründe würden beseitigt werden.

Kelloggs Ansprache wurde von den Engländern einmal mit Beifall begleitet, als er über die drohenden Klassenherrschaftstendenzen sprach. Die deutsche Delegation nahm den Passus über den Minderheitenschutz beifällig auf.

Anschließend wurde auf Vorschlag des schwedischen Präsidenten Adelswaerth zum Präsidenten dieser Tagung der Vorsitzende der amerikanischen Gruppe, Senator Mc. Kinley, gewählt. Mc. Kinley begrüßte die Versammlung mit einem kurzen Rückblick auf die Geschichte und die Ziele der Interparlamentarischen Union. Die Union glaube an die Schiedsverträge und an eine Regelung internationaler Konflikte durch Schiedssprüche.

Nach den Begrüßungen auf dem Kongreß der Interparlamentarischen Union erstattete Baron Adelswaerth den Bericht über die Finanzlage. Er forderte Unterstützung durch einzelne Gruppen und auch durch Schenkungen. Er regte an, daß die Gruppen sich für die Durchführung der gefaßten Resolution einsetzen sollen, und zwar durch die Regierungen, die propagierte Internationale Universität, den Völkerbund und schließlich durch die Interparlamentarische Union selbst. Zum Schluß seiner Ausführungen verglich er die Arbeiten und Ziele des Völkerbundes mit denen der Interparlamentarischen Union und hob hervor, daß beide Institutionen an einem Strang zögen, und daß sich keine Macht den Wirkungen entziehen könnte, die vom Völkerbund ausgingen. Es würde ohne Zweifel in der Entwicklung einen Schritt rückwärts bedeuten, wenn man das Weltgericht ablehnte, weil er vom Völkerbund ins Leben gerufen worden sei.

Alsdann bestieg unter demonstrativem Beifall Reichstagspräsident Löbe die Tribüne und führte folgendes aus: Er wolle die erste Gelegenheit, die den Deutschen geboten werde, auf amerikanischem Boden zu sprechen, nicht vorübergehen lassen, ohne den amerikanischen Bürgern für die Dienste, die sie Deutschland und weiterhin der Welt durch die Schaffung des Dawesplanes geleistet hätten, Dank zu sagen. Wenn auch das Urteil über den Dawesplan in Deutschland uneinheitlich und auch seine Durchführbarkeit umstritten sei, so bestehe doch Einigkeit darüber, daß der Dawesplan endlich die Gewaltatte durch eine Rechtsgrundlage ersetzt habe, daß dadurch die Währung stabilisiert worden sei, und somit auch anderen Völkern geholfen worden sei. Deswegen sei der Dawesplan als ein erster Schritt auf dem Wege zur Gesundung anzusehen.

Deutschlands gegenwärtige Lage sei durch zwei Gesichtspunkte bestimmt: Politisch wolle Deutschland Schiedsgerichtsverträge abschließen, deren größter und wichtigster demnächst in Locarno verhandelt werden soll und dessen Abschluß dringend erwünscht sei. Als Grundlage der Neuorientierung betrachte